

Die Lohnbewegung der städtischen Straßenbahner. Unter dem Vorsteher des Bürgermeisters Dr. Weisskirchner traten die Vertrauensmänner der städtischen Straßenbahner mit der Direktion zu einer Verhandlung über die Wünsche der Angestellten zusammen, welche folgende Zugeständnisse der Direktion ergaben: Den Bediensteten werden Nahrungsmittelzubußen so weit als möglich gewährt. Auch wegen der Kartoffel- und Brennmaterialbeschaffung wurden bestimmte Zusagen gemacht. Die Beschaffung von Schuhen und Sohlenleder für Reparaturen ist in die Wege geleitet. Die Werkstattfrauen erhalten Kleider, für die Schaffnerinnen sind warme Unterleider bestellt und bereits in Arbeit. Für ersparte Montur wird eine Entschädigung bis zur Höhe von 60 Kr. ausbezahlt. Den Frauen werden bei Bemessung der Kriegszulage die unehelichen Kinder wie die ehelichen gerechnet. Weiters wird den Bediensteten in Zivil die freie Fahrt gewährt. Die weiblichen Fahrbediensteten werden den männlichen in der Entlohnung gleichgestellt. Für die Frauen in den Betriebswerkstätten wird die unterste Lohnstufe aufgelassen und dieselben hinsichtlich der freien Tage und der Nachtzulagen den männlichen Bediensteten gleichgestellt. Den Fahrbediensteten wird ferner die Überstunde mit 1 Kr. 20 H. vergütet. Auch die Entlohnung der Touren wird bei Tag von 1 Kr. 10 H. auf 1 Kr. 20 H., Minimum 1 Kr. 50 H., bei Nacht von 1 Kr. 30 H. auf 1 Kr. 50 H., Minimum 2 Kr., erhöht. In den Betriebswerkstätten soll die Instandnahme schon nach 2 Jahren statt wie bisher nach 3 Jahren erfolgen. Die freien Tage werden wie im Fahrdienste gewährt. Die Nachtzulagen werden für die Professionisten von 3 Kr. auf 3 Kr. 50 H., für

Hilfsarbeiter von 2 Kr. 60 H. auf 3 Kr. und für Frauen von 2 Kr. 50 H. auf 3 Kr. erhöht. In der Hauptwerkstätte wird die Tagesprämie in den Lohn eingerechnet. Eine Erhöhung der Grundlöhne sowie eine weitere Erhöhung der Überstunden konnte nicht erzielt werden. Der Herr Bürgermeister erklärte sich jedoch bereit, daß als letztes Zugeständnis den Kriegsaus Helfern der Quartierbeitrag schon nach 2 Jahren bewilligt werden könne. Damit fand die Verhandlung nach dreistündiger Dauer ihren Abschluß. Die Delegierten der beiden Organisationsrichtungen traten dann noch zu einer gemeinsamen Besprechung zusammen, in der beschlossen wurde, den Bediensteten zu empfehlen, die Zugeständnisse zur Kenntnis zu nehmen. Jedoch sollen die Organisationen den beschließenden Körperschaften neuerlich das ernste Verlangen der Bediensteten nach einer Erhöhung des Grundlohnes und insbesondere nach einem prozentuellen Aufschlag bei der Überstundenentlohnung übermitteln und eine Sicherung dafür verlangen, daß nach Kriegsende der Abbau der anlässlich der Kriegsteuerung gewährten Zuwendungen nicht unvermittelt, sondern unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen soll. Dieser Beschluß wurde von den Delegierten der beiden Organisationsrichtungen einstimmig gefaßt. Die Lohnbewegung hat in ihrem Verlauf deutlich gezeigt, daß die christlichsozialen Bediensteten, die unter der Führung von M. Kunschak und St. Spalowski standen, in ihrer Taktik des ruhigen Verhandelns den richtigen Weg im Interesse der Bediensteten eingeschlagen hatten. Der bolschewistische Streikversuch, für den auch die sozialdemokratischen Führer die Verantwortung ablehnten, hat den Straßenbahner nichts genützt.